



## **Ergebnisniederschrift**

Sitzung des IHK-Regionalausschusses Altötting – Mühldorf  
am Mittwoch, 13.07.2022, 15:00 Uhr,  
Hotel Fohlenhof, Zangberger Straße 23, 84539 Ampfing

### **Tagesordnung**

	<b>Seite</b>
<b>TOP 1 Begrüßung</b> Ingrid Obermeier-Osl Vorsitzende IHK-Regionalausschuss Altötting – Mühldorf	<b>2</b>
<b>TOP 2 Chemiedreieck „Quo vadis?“ Statements</b> Prof. Klaus Josef Lutz Präsident IHK für München und Oberbayern  Dr. Manfred Gößl Hauptgeschäftsführer IHK für München und Oberbayern	<b>2</b>
<b>TOP 3 Moderierter Austausch mit politischen Entscheidungsträgern über die Zukunft des Chemiedreiecks</b> Ingrid Obermeier-Osl	<b>3</b>
<b>TOP 4 Aktuelles aus der IHK</b> Dr. Robert Obermeier IHK für München und Oberbayern	<b>4</b>
<b>TOP 5 Verschiedenes</b> Ingrid Obermeier-Osl	<b>5</b>

Beginn der Sitzung: 15:00 Uhr  
Ende der Sitzung: 17:20 Uhr

Anlage:  
Teilnehmerliste

## **TOP 1: Begrüßung**

Ingrid Obermeier-Osl begrüßt die anwesenden Mitglieder des IHK-Regionalausschusses Altötting – Mühldorf. Besonders begrüßt sie die Mitglieder des Deutschen Bundestages Sandra Bubendorfer-Licht (FDP) und Andreas Mehlretter (SPD), Landrat Erwin Schneider sowie den Sprecher der Initiative ChemDelta Bavaria, Dr. Bernhard Langhammer. Entschuldigt sind MdB Dieter Janecek, MdB Stephan Mayer und Landrat Max Heimerl. Als besondere Wertschätzung gegenüber dem Regionalausschuss Altötting – Mühldorf und deutliches Signal pro Region Südostoberbayern wertet sie die gemeinsame Anwesenheit des Präsidenten der IHK für München und Oberbayern, Prof. Klaus Josef Lutz, sowie des Hauptgeschäftsführers Dr. Manfred Gößl.

Die Vorsitzende blickt zurück auf die letzte Sitzung am 28.03.2022, bei der der dringende Wunsch nach einem Austausch mit politischen Entscheidungsträgern über Herausforderungen und notwendige Schritte entstand, die zum Erhalt unserer Wirtschaftsregion Südostoberbayern unverzüglich einzuleiten sind. Die Region brauche jetzt Unterstützung seitens der Politik – nicht erst, wenn es zu spät ist und Firmen bzw. Arbeitsplätze direkt oder indirekt weg sind, so ihre Ansage an die Politiker.

## **TOP 2: Chemiedreieck „quo vadis?“ – Statements**

Mit Blick auf die Sanktionen gegen Russland fordert Prof. Klaus Josef Lutz von der Bundesregierung sofort ein klares Energiekonzept. Dass Deutschland noch immer über keinen Liefervertrag für Flüssiggas aus dem Nahen Osten verfügt, sei eine kritische Situation. Flüssiggas könne keinesfalls mehr rechtzeitig bereitgestellt werden. Er propagiert „Fuel Switch“: Öl statt Gas. Zwar profitiere davon möglicherweise auch Russland als Mitglied der OPEC, doch stiegen dessen Rohstofflöse seit Monaten sowieso, ohne dass Förderquoten erhöht wurden. Angesichts schwankender Energiepreise solle die Bundesregierung der Wirtschaft einen Preiskorridor garantieren, der die Kosten für die Unternehmen kalkulierbar mache.

Dr. Manfred Gößl befürchtet, dass sich die Energiepreise in den kommenden Jahren vervierfachen. Es müsse daher jeder Hebel in Bewegung gesetzt werden, um die Gasreserven zu schonen. Es dürfe keine ideologischen Tabus mehr geben: Die drei Atomkraftwerke dürften nicht abgeschaltet und Fracking müsse erlaubt werden. Er

rät dringend dazu, in den Unternehmen durchzugehen, wo man mit dem Gasverbrauch heruntergehen kann.

### **TOP 3: Moderierter Austausch mit politischen Entscheidungsträgern über die Zukunft des Chemiedreiecks**

In der anschließenden intensiven Diskussion um die Frage, wer im Falle eines möglichen Gasengpasses priorisiert werden soll, erteilt ein Unternehmer aus der Lebensmittelindustrie einer Bevorzugung der Lebensmittelindustrie eine Absage. Sein Unternehmen sei auf viele Produkte aus der Industrie angewiesen, für deren Produktion ebenfalls Gas notwendig sei. Exemplarisch nennt er Verpackungen und Folien. Wenn das ausginge, dann stünde seine Produktion eben einen Tag später. Mit dem vorhandenen Öl könnte lediglich der laufende Produktionsprozess abgeschlossen werden. Die Milchbauern seien bereits informiert, dass ab „Tag zwei“ keine Tankzüge mehr zur Abholung kämen.

Laut Dr. Gößl gebe es auch noch ein rein praktisches Problem: Innerhalb des Gasnetzes gibt es – bis auf gesonderte Abzweigungen für wenige Großabnehmer – keine Einrichtungen, mit denen man ganze Betriebe von der Versorgung abschneiden könnte. Alles in allem sei dies also eine sehr theoretische Diskussion.

Ferner wird die Energiepauschale der Bundesregierung in Höhe von 300 Euro als kontraproduktiv gesehen. Zudem wird auf das Problem verwiesen, dass PV-Anlagen bei Wohneigentumsanlagen nach derzeitiger Rechtslage schwer umsetzbar seien.

Ein Unternehmer stellt die Frage, warum Nordstream 2 ein Tabu sei. Deutschland hätte in den letzten Jahren viele Geschäfte gemacht, die völkerrechtlich bedenklich gewesen seien.

Dr. Langhammer verdeutlicht, dass sich das Problem mit den im Vergleich zum Weltmarkt viel zu hohen Energiepreisen verschärfe. Als Signal für internationale Investoren fordert er ein klares Bekenntnis zum Wirtschaftsstandort in Form eines Zuschusses von 40 Millionen Euro zum Reallabor Burghausen, der bereits seit 6 Monaten beantragt sei.

Es wird diskutiert, dass zu hoch gesteckte CO<sub>2</sub>-Ziele kontraproduktiv seien, weil man besser realistische Forderungen an die Industrie stellen solle.

Dr. Norbert Winkhofer berichtet von bereits existierenden Plänen zur „Triagierung der Geschäfte“ bei der Wacker Chemie AG. Unrentable Produktionsprozesse könnten nach und nach abgeschaltet werden, wenn die Energiepreise weiter steigen. Die Krise verschärfe lediglich das Problem, das es seit inzwischen 10 Jahren gebe.

Ein Vertreter eines Energieversorgungsunternehmens gibt zu bedenken, dass man im Großkundengeschäft schon jetzt Aufschläge von 300 bis 500 Prozent weiterreichen müsse. Das große Erwachen werde es nach seiner Ansicht aber erst Anfang 2023 geben, wenn man die Preissteigerungen dann auch an Privatkunden weitergeben müsse, da dann langjährige Zulieferverträge enden und man auch keine großen Spielräume bei der Marge habe.

Andreas Mühlretter meint, ein Weiterbetrieb der AKW's würde für den Winter nichts bringen. Mit dem geplanten Einsatz zusätzlicher Kohlekraftwerke könne man die gleiche Stabilität des Stromnetzes erreichen, ohne radioaktiven Müll zu erzeugen.

Sandra Bubendorfer-Licht fordert hingegen, dass es keine Denkverbote geben dürfe und spricht sich für einen Weiterbetrieb aus. Auch wenn sie kein großer Fan davon sei, sehe sie es als Brückentechnologie. Eine Rationierungspolitik hält sie nicht für sinnvoll.

#### **TOP 4: Aktuelles aus der IHK**

Informationen zu aktuellen Themen aus der IHK durch Dr. Robert Obermeier:

- Bericht aus der Vollversammlung: Dr. Obermeier berichtet aus der IHK-Vollversammlung, bei welcher ein Zehn-Punkte-Plan von Notfallmaßnahmen zur Sicherung der Energieversorgung beschlossen wurde. In dem Positionspapier fordert die Vollversammlung die zügige Diversifizierung der Energieversorgung und den Ausbau der europäischen Strom- und Gasnetze. Ziel müsse es sein, möglichst bald unabhängig von Energieimporten aus Russland zu werden. Zudem müssten die erneuerbaren Energien zügig und unbürokratisch ausgebaut werden. Mehr dazu [hier](#).
- Russlands Angriffskrieg auf die Ukraine: Dr. Obermeier fasst die aktuellen Auswirkungen des Krieges auf die Wirtschaft sowie Prognosen für zukünftige Auswirkungen zusammen. Die IHK bittet Unternehmer ihre Erfahrungen zu spiegeln und

hat ein Informations- und Beratungsangebot aufgebaut. Mehr dazu [hier](#).

- Wasserkraft-Förderung: Mit der Entscheidung des Bundestags zum massiven Ausbau der Erneuerbaren Energien hat auch die kleine Wasserkraft entgegen ersten Plänen weiterhin eine Zukunft. Die bayerischen IHKs hatten sich seit Monaten gegenüber der Politik auf Bundes- und Landesebene dafür eingesetzt, an der Förderung und damit der Zukunftsfähigkeit von kleinen Wasserkraftwerken festzuhalten. Mehr dazu [hier](#).
- Corona-Wirtschaftshilfen: Bayerische Unternehmen haben seit Beginn der Corona-Pandemie mehr als 10 Milliarden Euro Hilfgelder erhalten. Nach Abschluss der laufenden Programme beginnt die Schlussabrechnung. Mehr dazu [hier](#).

## TOP 5: Verschiedenes

Ingrid Obermeier-Osl gibt bekannt, dass Dr. Robert Obermeier zum 31.07.2022 seinen Ruhestand antritt und heute zum letzten Mal an einer Sitzung des IHK-Regionalausschusses Altötting – Mühldorf teilnimmt. Sie bedankt sich bei ihm für seine Verdienste um die Region und die langjährige hervorragende Zusammenarbeit. Mit der symbolischen Übergabe eines Präsentkorbes (u. a. mit Holzabschnitten) sichert sie ihm als Abschiedsgeschenk Brennholzversorgung für seinen neuen Holzofen zu. Seine Aufgabe übernimmt ab 01.08.2022 Elke Christian, die bisher die IHK-Geschäftsstelle Ingolstadt leitete.

Die Regionalausschuss-Vorsitzende dankt allen Regionalausschuss-Mitgliedern, Gästen sowie der Presse für ihre Teilnahme und schließt die Sitzung.

gez.

Herbert Prost  
(Protokollführer)

gez.

Ingrid Obermeier-Osl  
(Vorsitzende)

01.08.2022